

Warum wir Klima- und Verteilungspolitik zusammendenken müssen

MIRIAM REHM

Klimakrise und sozioökonomische Ungleichheit können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern stehen in einem komplexen Wechselverhältnis. Daraus ergibt sich einerseits, dass die Ergebnisse von Verteilungskonflikten ökologische Auswirkungen haben, und andererseits, dass potenzielle Konflikte im Rahmen der Transformation zu erwarten sind und in der Forschung und Politikgestaltung mitgedacht werden müssen.

In der empirischen Forschung herrscht Konsens, dass die Verursachung der Klimakrise sowohl global als auch innerhalb von Ländern ungleich verteilt ist; Emissionen werden überdurchschnittlich am oberen Ende der Einkommens- und Vermögensverteilung generiert. Das reicht ein Prozent der Weltbevölkerung nach Einkommen emittiert mehr CO₂ als die gesamte untere Hälfte der Menschheit, wenn auch die Emissionen aus Investitionen einbezogen werden.

Besonders bedeutsam ist die Rolle von Vermögen. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass CO₂-Emissionen nach Vermögen in Deutschland noch ungleicher verteilt sind als die Vermögen selbst – und diese wiederum sind viel ungleicher verteilt als Einkommen. Hohes Vermögen korreliert nicht nur mit einem konsumintensiven Lebensstil, sondern generiert durch Investitionen in Unternehmen zusätzliche Emissionen.

Während die Verursachung somit am oberen Ende der Verteilung konzentriert ist, zeigt sich bei den Auswirkungen das umgekehrte Muster: Ärmere Länder sind häufiger von Klimarisiken betroffen. Projektionen des Weltklimarats zeigen, dass bereits bei zwei Grad Erderhitzung der Aufenthalt im Freien in ärmeren, dicht besiedelten Regionen an 365 Tagen im Jahr potenziell tödlich wird. Solche Entwicklungen haben absehbar starke Auswirkungen auf Flucht- und Migrationsbewegungen.

Auch innerhalb der Hocheinkommensländer manifestiert sich diese ungleiche Betroffenheit. So traf in Deutschland die Hochwasserkatastrophe 2021 ärmere Haushalte stärker, und diese verfügten zudem über geringere Kapazitäten zur Anpassung. Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise sind auch in Deutschland bereits nachweisbar: Hitzewellen erhöhen Krankenstandstage, wobei das Risiko in Branchen mit niedrigerem Einkommen (z.B. Transport, Sicherheit) deutlich höher ist. Insbesondere in Kombination mit Armut stellt die Klimakrise ein gesundheitliches Risiko dar: Zusätzlich zu Einkommensarmut reduziert Energiearmut in Deutschland signifikant die Wahrscheinlichkeit, in einem guten Gesundheitszustand zu sein. Indem die Klimakrise soziale Ungleichheit verschärft, schränkt sie individuelle Freiheit und zukünftige Wahlmöglichkeiten ein, schwächt den Wohlstand und eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Zudem gefährdet sie die Gesundheit durch Naturkatastrophen und Hitze und treibt Flucht und Migration voran.

Um diese Probleme zu adressieren, braucht es eine gemeinsame Klima- und Verteilungspolitik. Die Transformation zu einem komfortablen Lebensstandard und einem guten Leben für alle ist dabei nicht technisch begrenzt – produktionsseitig ist bei den fünf emissionsintensivsten Sektoren weitgehend klar, was zu tun wäre. 100 % erneuerbare Stromproduktion,

die Dekarbonisierung des Bau- und Gebäudesektors, eine Agrarwende sowie die Elektrifizierung der Industrie sind mit massiven Investitionen und Innovationen verbunden, erfordern aber keine unplausiblen technologischen Sprünge.

Eine integrierte Klima- und Verteilungspolitik müsste mehrere Elemente umfassen: den Aufbau einer klimaneutralen und verteilungsrechten Grundversorgung durch massive öffentliche Investitionen, den Rückbau fossiler Infrastruktur, die Umschichtung von energie- und ressourcenintensiven zu arbeitsintensiven Sektoren sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Was diese Schritte politisch undenkbar macht, sind soziale und politische Verteilungskonflikte: Die Literatur identifiziert sogenannte „Incumbents“, also „Alteingesessene“, d.h. Unternehmen und politische Kräfte, die ökonomisch vom Status Quo profitieren. Diese setzen alles daran, die Transformation zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Beginnend mit wissenschaftlich ausführlich dokumentierten Desinformationskampagnen über das Ausweichen auf Hoffnungstechnologien wie CCS (die einen kleinen Teil beitragen, aber nicht rasch genug Erfolg zeigen) bis hin zu erfolgreichen Lobbykampagnen. Der gegenwärtige Backlash in Deutschland ebenso wie auf EU-Ebene etwa gegen Regulierungen des Agrarsektors und der Industrie sowie gegen den CO₂-Preis verdeutlicht einmal mehr, wie eng das politökonomische System mit fossilen Energieträgern verzahnt ist.

Wegen potenzieller Arbeitsplatzverluste in gewerkschaftlich gut organisierten Sektoren sorgen sich auch Beschäftigte, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben und die Ärmeren zurückgelassen werden. Das ist berechtigt, aber sich der gesteuerten Transformation zu verschließen, führt zu unkontrolliertem Abbau, der insbesondere zu Lasten der Beschäftigten geht, wie die Krise der deutschen Autoindustrie zeigt.

Die Forschung zeigt, dass es trotz eigener Betroffenheit Mehrheiten für Klimamaßnahmen gibt, wenn deren Effektivität und ihre Verteilungswirkungen am unteren Ende in Betracht gezogen werden. Gemeinsam mit einem politischen Angebot für ein gutes Leben mit einer leistbaren, an Grundbedürfnissen ausgerichteten Daseinsvorsorge im Rahmen einer „Alltagsökonomie“ zeigen Städte wie Paris oder New York, dass Verteilungs- und Klimafragen zusammengedacht werden können. Das eingelöste Versprechen eines guten Lebens hat auch das größte Potenzial, anti-demokratischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Ob das auch auf einer höheren staatlichen Ebene realisierbar ist, hängt unter anderem davon ab, wie die Konflikte um Verteilung und Klima ausgehen werden. ■

AUTORIN

MIRIAM REHM, Prof. in PhD, Professorin für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Ungleichheit, Arbeitsmarkt, Wirtschaftspolitik, Gender.

@ miriam.rehm@uni-due.de